SPD-Fraktion

Degen: CDU greift in die bildungspolitische Mottenkiste

„Einen Rückbau der gymnasialen Oberstufe in die Verhältnisse der frühen 60er Jahre wird es mit uns in Nordrhein-Westfalen nicht geben." Das erklärte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Manfred Degen. Er wies damit die Forderung der CDU zurück, die Reform der gymnasialen Oberstufe rückgängig zu machen und so in der Sekundarstufe II Leistungskurse und viele Wahlmöglichkeiten abzuschaffen.
Auch die Forderung nach Einführung eines Zentralabiturs lehnt der SPD-Schulpolitiker als bildungspolitisch falsche Weichenstellung ab. Denn entgegen den CDU-Behauptungen lasse sich aus den vorliegenden Schulleistungsvergleichen der Ruf nach einer zentralistisch gesteuerten Abiturprüfung nicht ableiten. Degen: „Unsere Schulen leisten gute Arbeit unter erschwerten Bedingungen. Sie müssen sich immer neuen Anforderungen stellen und die Qualität ihrer Arbeit fortentwickeln."
Die CDU wolle statt dessen mit einem Sammelsurium zusätzlicher Abschluß- und Aufnahmeprüfungen in allen Schulformen lediglich die Schülerinnen und Schüler ständig prüfen und aussortieren. „Mit einem solchen Griff in die bildungspolitische Mottenkiste verweigert sich die CDU einer sachgerechten Diskussion über die Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht", kritisierte Degen.
Er hob hervor, daß ein zukunftsfähiges Bildungssystem Schlüsselqualifikationen und Selbständigkeit stärken müsse, um die Fähigkeit zur Anwendung von Wissen und zur eigenständigen Problemlösung fördern. Das werde mit der Abschaffung von Leistungskursen und der Rückkehr zum starren Fächerkanon jedoch nicht gelingen, machte Degen deutlich.
Degen: „Der Vorstoß zur Reform der Reform der gymnasialen Oberstufe zeigt erneut, daß sich die CDU in die frühen sechziger Jahre zurücksehnt, als nur wenig privilegierte Schülerinnen und Schüler zum Abitur und Studium gelangten."

✱

Die SPD-Landtagsfraktion werde eine Änderung des Ministergesetzes ernsthaft prüfen, auch wenn das Gesetz in dieser Legislaturperiode schon einmal geändert worden sei. Das sagte deren Vorsitzender Klaus Matthiesen. Er machte darauf aufmerksam, daß das nordrhein-westfälische Ministergesetz zuletzt im Februar 1997 geändert worden sei, was zu einer restriktiveren Handhabung, z. B. bei den Übergangsgeldern und deren Verrechnung mit anderen Einkünften, geführt habe. Unter Hinweis auf einen Antrag der CDU-Opposition bekräftigte Matthiesen, daß jeder ernsthafte Vorschlag selbstverständlich in die Prüfung des Ministergesetzes einbezogen werde. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß die CDU auf vordergründige Effekthascherei verzichte und bereit sei, die Diskussion auf der Basis rechtlich einwandfreier Regelungen zu führen.

CDU-Fraktion

SPD betreibt Politik der sozialen Kälte

„Mit ihren geplanten Einsparmaßnahmen bei den Hort- und Krippenplätzen sowie beim Personal in den Kindergärten setzt die Landesregierung den Rotstift an der falschen Stelle an." Mit diesen Worten kritisierte der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Antonius Rüsenberg, die Vorstellungen von Finanzminister Schleußer und der SPD-Fraktion zu Kürzungen im sozialen Bereich. „Dem von Finanzminister Schleußer gewollten Ausstieg des Landes aus der Finanzierung der Hort- und Krippenplätze wird sich die CDU entschieden widersetzen", erklärte Rüsenberg. „Ein solcher Schritt würde Angebotsstrukturen zerschlagen, auf die gerade Alleinerziehende mit Kindern angewiesen sind." Finanzminister Schleußer zeige nach den Worten des CDU-Politikers „soziale Kälte gegenüber Frauen, die auf einen Arbeitsplatz und ein Einkommen angewiesen sind". Außerdem produziere die Landesregierung mit einer solchen Politik Frauenarbeitslosigkeit.
Darüber hinaus wandte sich Rüsenberg auch gegen den geplanten Stellenabbau im Kindergartenbereich: „Von den sozialdemokratischen Sparplänen sind zwischen 4 000 und 6 000 Erzieherinnen in den Kindergärten betroffen. So werde die SPD-Berechnungsgrundlage für die Personalanpassung zu einem reinen Arbeitsplatz-Vernichtungsprogramm. „Wenn infolge dieser Fehlkalkulation Erzieherinnen entlassen werden, bringt dies zwangsläufig Qualitätseinbußen in den Kindergärten."

„Europäische Hausordnung sieht Niederlassungsfreiheit vor!"

„Bei den weiteren Verhandlungen über die Erweiterung der EU müssen auch die berechtigten Interessen der deutschen Vertriebenen berücksichtigt werden." Dafür hat sich der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende, Helmut Linssen, ausgesprochen. Beim deutschlandpolitischen Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen dankte Linssen den Vertriebenen für ihr Wirken in der Vergangenheit. „Sie haben bewiesen, daß Sie sich als Brücke zwischen den Völkern verstehen. Sie haben von Anbeginn an den friedlichen Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten und ein freies und geeintes Europa angestrebt", sagte Linssen. Es sei richtig, daß die Europäische Union von jedem Mitgliedsland die Gewährung von Gleichheit und Gerechtigkeit einfordere, erklärte der CDU-Politiker. Vor diesem Hintergrund stellte Linssen die Frage, „ob es abwegig sei, ein Europa zu verlangen, das auch das Recht auf Heimat anerkennt?" Für den CDU-Landtagsfraktionschef steht fest: „Wer nach Europa will, muß die bestehende europäische Hausordnung anerkennen! Und diese Hausordnung sieht Niederlassungsfreiheit vor!" Linssen forderte, „daß das Dach Europa mit allen Anstrengungen zu vervollständigen sei". Nur unter dem Dach Europa werde es möglich sein, für möglichst viele Menschen in Zukunft Unrecht und Vertreibung zu verhindern. Nur unter dem Dach Europa werde es möglich sein, den Gedanken von Frieden und Freiheit für alle zu verwirklichen.

***) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen**

DIE GRÜNEN-Fraktion

Ticket für Schüler und Schülerinnen

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in NRW, das zum 1. Januar 1998 in Kraft getreten ist, haben wir in vielen Verkehrsverbünden dazu beigetragen, daß neue angebotsorientierte Strategien auch für den Bereich der Schülerbeförderung entstehen. Nur wenn es uns gelingt, preiswerte und umfassende Mobilitätsangebote für die große Zielgruppe der Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden in NRW zu entwickeln, können wir auf lange Sicht die Zuschüsse nach dem Personenbeförderungsgesetz erfolgreich gegen Kürzungsabsichten verteidigen.
Unser Ziel ist die generelle Einführung eines Schülertickets in allen Regionen des Landes. Diesem Ziel sind wir in den letzten Monaten durch die neu entwickelten Angebote in einzelnen Regionen näher gekommen.
Insbesondere das Beispiel der „Jugendfreizeitkarte", die zu Beginn des kommenden Schuljahres in Paderborn als Angebot für alle Schüler eingeführt wird, ist ein richtungsweisender und vorbildlicher Schritt in Richtung eines Schülertickets, wie wir es anstreben. Statt der Erhebung eines Eigenanteils wurde hier ein Mobilitätsangebot entwickelt, das attraktiv, einfach und sozialverträglich ist.
Durch Änderung des Gesetzes haben die Schulträger die Möglichkeit, einen Eigenanteil (maximal 20 DM für das erste Kind, 10 DM für das zweite Kind) für Schülerzeitkarten zu erheben, wenn diese über die bloße Schulwegnutzung hinaus von Schülerinnen und Schülern gebraucht werden können.
Festzuhalten bleibt: Auch künftig bleibt damit die reine Schulwegbeförderung kostenfrei für den Kreis der Anspruchsberechtigten. Die Erhebung eines Eigenanteils für die Schülerfahrtkosten ist nämlich gekoppelt an eine Ausweitung des Angebotes der Fahrkarte, die über die reine Schulwegbeförderung hinausgeht. Wir wollen damit erreichen, daß der Öffentliche Personennahverkehr für Kinder und Jugendliche attraktiver wird. Das umweltbezogene und umweltbewußte Alltagsverhalten kann so gestärkt und die Bemühungen der Verkehrserziehung effektiv unterstützt werden.
In der Diskussion und bei der Entwicklung des künftigen Schülertickets verfolgen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Ziele:

- Der Preis des Schülertickets muß sozialverträglich sein.
- Das Schülerticket soll für alle Schüler und Auszubildenden gelten.
- Die Mobilitätsangebote für Jugendliche müssen ausgeweitet werden und in ihrer Qualität verbessert werden. Dies ist nur zu erreichen, wenn künftig härter mit den Verkehrsunternehmen verhandelt wird. D. h. wir wollen das Kosten-Nutzenverhältnis verbessern und mehr Leistung für die eingesetzten Mittel einfordern.
- Der Verwaltungsaufwand für die Kommunen und die Verkehrsunternehmen muß reduziert werden.
- Deshalb sind einfache Lösungen vor bürokratischen Modellen mit hohem Verwaltungs- und Kontrollaufwand zu bevorzugen. Die Kommunen befürchten zu Recht, daß mit der Erhebung des Eigenanteils ein unzumutbarer Verwaltungsaufwand entstehen könnte.
- Die Ausgleichsleistungen nach dem §45a Personenbeförderungsgesetz (ca. 440 Millionen DM pro Jahr aus dem Landeshaushalt) wollen wir erhalten.

Wir werden alles tun, um diese neuen Angebote weiterzuentwickeln. Unser Fernziel ist die Einführung eines generellen Schülertickets, das als Netzkarte zur Verfügung steht.